

Steuergeld «kleiner Leute» für die Universität ist unsozial

Rund zweihundert Franken im Monat kann ein Studium in Zukunft kosten, wenn das neue Universitätsgesetz (in der Fassung der Regierung, d. Red.) angenommen würde. Dass Erhöhungen von Gebühren den Betroffenen keine Freude bereiten, ist sonnenklar. Dass Erhöhungen den Blick trüben und zu verkehrten Argumenten führen, ist dagegen nicht einfach hinzunehmen. Als Folge der ins Auge gefassten Gebührenerhöhungen befürchten die Studierenden einen massiven Bildungsabbau, der auf Kosten der Chancengerechtigkeit gehe. Das Gegenteil wäre jedoch der Fall. Dank zusätzlichen Einnahmen könnte das Bildungsangebot ausgebaut und die Attraktivität der universitären Ausbildung erhöht werden. Damit könnten noch mehr junge Menschen ein Studium in Angriff nehmen. Die Chancengerechtigkeit würde nicht negativ tangiert. Die heute sehr tiefen Gebühren kommen gerade nicht den Ärmeren zugute; denn die grosse Mehrheit der Studentinnen und Studenten entstammen den mittleren und höheren Schichten. Den wenigen Studierenden aus unteren Schichten könnte ein Studium weiterhin durch sozial abgestufte Stipendien ermöglicht werden. In einer Gesellschaft, in der die Armen wie die Reichen die gleiche Kinderzulage erhalten, ist es zweifellos nicht gerecht, den kleinen Leuten Geld für die Universität aus der Tasche zu ziehen, die nie auch nur in die Nähe einer Universität kommen, damit die Kinder der Mittel- und Oberschicht günstig studieren können. Dieser Sachverhalt ist in Zeiten knapper Finanzen besonders störend. Fliessen doch in die Universitäten auch jene Steuergelder, die an der Basis des Bildungssystems für Kinderkrippen und Tagesschulen fehlen.

Christian Aeberli Stiftung Avenir Suisse, Zürich